Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1858. Girokasse Riesa Nr. 53.

№ 34. Sonnabend, 9. Februar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerklagt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Tributsfestsetzung.

In Paris sind sie jetzt alle beisammen: die Franzosen, die Engländer, die Italiener, die Amerikaner und die Deutschen. Sie werden sich am Sonnabend an den grünen Tisch setzen, um etwas festzulegen, was die meisten von ihnen Befriedung der Menschheit, die Deutschen aber Festsetzung von Tributsleistungen, Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, weitere Aussaugung des deutschen Volkes bezeichnen werden. Man erfasse die Tatsache: 10 Jahre sind seit der Beendigung des Krieges verflossen. Aber heute verhandelt man über die Tributsleistungen Deutschlands, über den Frondienst des Besiegten, über die Verlängerung der Lage, die den Begriff Sieger und Besiegte als unverbrüchlichstes Motto ihren Gesetzen einschreiben will.

In Paris sollen jetzt angeblich ganz objektive Sachverständige feststellen, was Deutschland leisten kann, wieviel es jährlich den Siegern zahlen kann, ohne daß seine Wirtschaft und die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes völlig zusammenbrechen. Gibt es heute im gesamten deutschen Volk einen Menschen, der nicht wüßte, daß das, was jetzt in Paris verhandelt wird, grundlegend das Schicksal Deutschlands und die Zukunft des Reiches festlegen wird? Man sollte meinen: bestimmt nicht. Aber man werfe einen Blick auf die innerpolitische Lage Deutschlands. Und stelle fest: die deutschen Sachverständigen in Paris werden von einer Reichsregierung gestützt, die von Deutschen unmittelbar vor Beginn der Tributsbesprechungen in ihrer Aktionsfähigkeit, in ihrer inneren Stärke, in ihrer Entschlußkraft aufs schwerwiegendste geschwächt wurde, werden von den Empfindungen eines deutschen Volkes begleitet, das durch die Krise eines deutschen Parlamentarismus und der Ohnmacht seiner Parteien an eigene Nöte gefesselt wird. Stelle also fest, daß in dem Augenblick einer deutschen Schicksalsstunde die Arbeits- und Notgemeinschaft aller deutschen Bürger, Parteiengruppen und Berufskategorien fehlt, daß in Deutschland innere Streitigkeiten und innere Zerwürfnisse schärferen Ausdruck erhalten als die Not, die jetzt in Paris Deutschland und seinen kommenden Generationen als „Friedensgeschenk" auf den grünen Tisch gelegt werden soll.

Ist nicht diese deutsche Uneinigkeit in der Stunde höchster Gefahr das traurigste Merkmal dieser Tage, Wo Aller Augen nach Paris blicken müßten, spricht man in Deutschland von einer Verärgerungspolitik gewisser Parteien, bemühen sich die verantwortlichen Führer des Reiches vergeblich, eine einigermaßen feste deutsche Front herzustellen, streitet man sich um einen Ministerposten oder um Belange der Parteien. Ueber dem allen aber schwebt die Drohung von Paris, der Urteilsspruch, der diesmal festlegen will, verewigen ein Unrecht, unabwendbar. In wenigen Tagen werden die Sachverständigen der einst Deutschland feindlichen Länder ihre natürlich „objektive" Ansicht über die deutsche Leistungsfähigkeit und über den festzulegenden Zahlungsplan des Reiches ausgesprochen haben. Diese Ansicht und die in ihr liegende Bedeutung für das deutsche Schicksal werden gewiß ihr Echo finden. Aber es wird sich fragen, ob dieses deutsche Echo nicht wirkungsvoll verpuffen muß. Weil ein Nein nur dann ein Nein ist, wenn ein einiger Wille hinter ihm steht, eine Festigkeit, eine Geschlossenheit. Diese Geschlossenheit des deutschen Volkes wäre das Primäre. Die einmütige Erkenntnis aller Kreise Deutschlands, um was es geht, um welche Entscheidung. Sicherlich weiß man in allen Schichten des deutschen Volkes, daß unsere Aussichten bei den kommenden Verhandlungen der Sachverständigen nicht zum Besten stehen. Man hat den Jahresbericht Parker Gilberts gelesen und sein Zeugnis, das Deutschland seinen „Wohlstand" attestiert. Man hat die Genugtuung registriert, die dieses Urteil überall in der Welt, wo man Scheine an die deutsche Adresse in Händen hält, ausgelöst hat. Man hat sich davon überzeugt, daß diese Welt Deutschland als ein zahlungskräftiges, ja als ein reiches Land bezeichnen möchte. Man darf sich also nicht darüber wundern, wenn alles dies, was man in den letzten Monaten zur Notiz nehmen mußte, auf einer Rechnung Ausdruck erhält, die jetzt schon feststeht.

Wir wollen rekapitulieren, wer diese Rechnung zahlen soll: Ein Volk, dessen Vermögen durch Krieg, Inflation und Leistungen an die Sieger um die Hälfte vermindert wurde, ein Volk, das, wie amtliche Feststellungen besagen, bis zum Jahre 1922 60 Milliarden Goldmark an die „ehemaligen" Feinde bezahlt hat, ein Volk, das, um diese Zahlungen zu ermöglichen, sich mit 14 Milliarden Goldmark an das Ausland verschuldete, ein Volk, dessen Besitz heute zu einem großen Teil überfremdet ist, dessen Reichsbahn weniger den Bedürfnissen des Landes als mehr den Tributszahlungen dient, ein Volk, dessen Industrie mit über 5 Milliarden Schuldverschreibungen belastet ist, ein Volk, dessen Unterhandelsbilanz sich mit 3,9 Milliarden beziffert. Dieses Volk mit diesen Belastungen, Schulden und Nöten soll eine Rechnung bezahlen, die die europäischen Sieger des Weltkrieges zusammengenommen nicht begleichen können. Ein wirtschaftlicher Unsinn diese Rechnung also, wird man sagen. Aber Paris wird lehren, daß auch ein Unsinn ein ernsthaft zu behandelndes Thema ist, wenn es gilt, aus einem ausgepowerten, von inneren Streitigkeiten durchpulsten Volk das Letzte herauszupressen.

Ausblicke auf die Pariser Reparationsbesprechungen.

Die Ankunft der deutschen Delegierten in Paris.

)(**Paris, 8. Februar.** Die Sachverständigen haben sich heute vormittag 11 Uhr im Gebäude der Bank von Frankreich zusammengefunden, um mit einander Fühlung zu nehmen. Anschließend daran gibt der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, zu Ehren der beiden Hauptdelegierten der vertretenen Länder ein Frühstück. Es scheint nunmehr Einigkeit darüber zu bestehen, den Vorsitz des Sachverständigenausschusses dem ersten amerikanischen Delegierten Owen O. Young anzubieten, der diesen Posten annehmen werde. Zur Herstellung der Verbindung der verschiedenen Delegationen untereinander werde ein Sekretariat geschaffen werden, dessen Leitung sehr wahrscheinlich dem Generalsekretär der Reparationskommission, Smith, anvertraut werde. Die beiden Hauptdelegierten der vertretenen Länder würden zu entscheiden haben, in welchem Maße und in welcher Form die beiden stellvertretenden Delegierten an den Arbeiten des Ausschusses teilnehmen sollen. Zwei Dolmetscher, einer für die deutsche und für die englische Sprache würden bestellt werden. Neben Vollsitzungen, die besonders im Anfang der Besprechungen ziemlich selten sein würden, beabsichtige man, so glaubt die Agentur Havas zu wissen, häufige Zusammenkünfte der Delegierten zu privaten Besprechungen untereinander. Auf diese Weise könnten die Ansichten, die am meisten zueinander im Widerspruch stünden, freier einander gegenübergestellt und die spätere Annäherung der Thesen erleichtert werden. Die Agentur Havas glaubt schließlich Grund zu der Annahme zu haben, daß die Sachverständigen zwei Unterausschüsse einsetzen würden, von denen der eine vor allem die Aufgabe habe, die Zahlung und den Betrag der vorzusehenden Reparationsannuitäten, also die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, zu studieren, während der andere die Aufgabe habe, die geeigneten Mittel zu suchen, um die eventuelle Demmerzialisierung der deutschen Zahlungen zu gewährleisten.

*

Paris. Die deutsche Delegation für die bevorstehende Reparationskonferenz ist gestern nachmittag um 14 Uhr 45 Min. in Paris eingetroffen und im Hotel Royal Monceau abgestiegen. Sie besteht bekanntlich aus dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und Dr. Vögler als Hauptdelegierten, sowie Geheimrat Kastl vom Reichsverband der deutschen Industrie und Dr. Melchior als Stellvertretern. Den Herren war von der deutschen Reichsbahn ein Salonwagen zur Verfügung gestellt worden, der dem Norderpreß angehängt worden war. Zum Empfang auf dem Nordbahnhof waren Vertreter der deutschen Botschaft und der Kriegslastenkommission erschienen. Dr. Schacht wird von einigen Beamten der Reichsbank begleitet. Mit demselben Zuge sind in Paris je ein Vertreter des Reichsfinanz- und des Wirtschaftsministeriums, Oberregierungsrat Berger und Geheimrat Klausner, eingetroffen, die jedoch in der deutschen Delegation keine offizielle Stellung einnehmen. Bevor die Delegation Berlin verließ, sind etwa 60 Personen, deren theoretische bezw. praktische Erfahrungen im Verlaufe der Konferenz von Nutzen werden könnten, gebeten worden, sich zu eventuellen gutachtlichen Aeußerungen vor der deutschen Delegation bereitzuhalten. Notwendigenfalls dürfte dieser oder jener der ausgewählten Herren nach Paris berufen werden, ohne daß jedoch hiermit gesagt sein soll, daß nicht auch außerhalb dieses provisorisch gezogenen Kreises unter Umständen Rat geholt wird. Um dieselbe Zeit trafen auf dem St. Lacare-Bahnhof die amerikanischen Delegierten Owen Young und Lamont ein, die gestern früh in Cherbourg an Land gegangen waren.

Auch in Preußen vorläufig keine Einigung.

Berlin, 8. Februar. Im preußischen Landtag hat am Freitag unter der Leitung des Ministerpräsidenten Braun eine Aussprache zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und den Vertretern der Deutschen Volkspartei stattgefunden. Durch die Aussprache sind die Verhandlungen um die Erweiterung der Regierung in Preußen sachlich nicht weitergekommen, sowohl von Zentrumsseite, wie auch von der Sozialdemokratie wurde mit Nachdruck erklärt, daß eine Verkoppelung der Regierungserweiterung in Preußen mit der Regierungsumbildung im Reiche unter keinen Umständen wiederholt werden dürfe. Von allen Seiten, einschl. der Sozialdemokratie, wurde jedoch betont, daß sie nach wie vor grundsätzlich die Herstellung der großen Koalition als erforderlich betrachtet.

Von dem Sprecher des Zentrums wurde erklärt, daß die preußische Zentrumsfraktion auf den ausdrücklichen Wunsch des Parteivorsitzenden Kaas bereit gewesen war, auch auf einen Ministersitz zugunsten der Deutschen Volkspartei zu verzichten. Durch den Mißerfolg der Verhandlungen im Reich sei aber für die Zentrums-Fraktion des preußischen Landtages eine neue Lage geschaffen. Infolgedessen sei das Angebot an die Deutsche Volkspartei, einen Sitz an sie abzutreten, für das Zentrum hinfällig geworden.

Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß sie im Falle eines Freiwerdens eines der drei bisher vom Zentrum besetzten Ministerien Anspruch auf vier Ministerien erheben müßten.

Die Deutsche Volkspartei ließ erklären, daß sie ihre Ansprüche auf zwei Ministersitze aufrecht erhalten müsse.

Durch die Verhandlungen klang aber doch der Wunsch durch: daß man trotz der vorhandenen Gegensätze schließlich doch noch zu einer Verständigung kommen würde und daß die aufgestellten Forderungen schließlich nicht das letzte Wort darstellten. Die Verhandlungen sollen demnächst fortgesetzt werden. Der Zeitpunkt ist jedoch noch nicht festgesetzt.

*

Eine Erklärung des Abg. v. Guérard.

)(**Berlin.** Der Abg. v. Guérard nimmt zu der parteiamtlichen Erklärung der Deutschen Volkspartei, worin u. a. gesagt wird, die Ablehnung der Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige und gleichmäßige Regelung der Zusammensetzung der Regierungen in Preußen und im Reich durch das Zentrum berühre umso eigenartiger, als dieses Verlangen nicht nur von den übrigen beteiligten Parteien, sondern auch vom Zentrum selbst bereits vor Weihnachten und erneut in der Besprechung am Mittwoch als berechtigt anerkannt sei, Stellung. Er erklärt, daß diese parteiamtliche Auslassung den Tatsachen nicht entspreche. Er habe in der Besprechung der Minister im Gegenteil die Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige und gleichmäßige Regelung der Zusammensetzung der Regierungen im Reiche und in Preußen wiederholt als nicht berechtigt bezeichnet, wie das auch in seinem Schreiben an den Reichskanzler, in dem er um Entbindung von seinen Aemtern gebeten hat, zum Ausdruck gekommen ist.

Bestrafung von Störung des religiösen Friedens.

vdt. **Berlin.** Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde am Freitag die allgemeine Aussprache über den 10. Abschnitt der Regierungsvorlage (Bestrafung der Störung des religiösen Friedens) noch nicht beendet. Abg. Pfülf (Ztr.) hielt eine Strafbestimmung gegen die Gotteslästerung für unbedingt notwendig. Abg. Landsberg (Soz.) betonte nochmals, daß seine Partei keineswegs religionsfeindlich eingestellt sei. Der Mensch sei zu bedauern, dem die Heiligkeit der Religion so wenig aufgegangen sei, daß er sich zu Beschimpfungen der religiösen Ueberzeugung hinreißen ließe. Ein strafrechtlicher Schutz sei aber nicht notwendig, die bloße Existenz des § 130 führe zu einer Rechtsunsicherheit, die nur durch dessen Streichung beseitigt werden könnte. Abg. Dr. Strathmann (Dnat.) wies daraufhin, daß in der Literatur, in Theaterstücken und in Zeitschriften Vorgänge aus dem biblischen Leben und religiöse Gefühle in gemeinster Weise beschimpft worden seien. Hier handele es sich nicht darum, daß Gott geschützt werden solle, sondern um den Schutz des religiösen Gefühls. Es gehe aber zu weit, allen gerichtlich eingetragenen Religionsgesellschaften strafrechtlichen Schutz zu gewähren. Besondere Schwierigkeiten bereite die Frage, wann der Tatbestand der Beschimpfung erfüllt worden sei. Um der Gefahr vorzubeugen, daß dieser Begriff zu weit ausgedehnt werde, schlug der Redner vor, nur dann Strafe eintreten zu lassen, wenn jemand in gemeiner Weise eine Religionsgesellschaft, ihren Glauben, Einrichtungen und Gebräuche wissentlich verächtlich mache.

Der Ausschuß vertagte sich bis zum 21. Februar.

Neue schwere Ausschreitungen in Bombay.

)(**Bombay.** Im Laufe des Abends ist es zu neuen schweren Kämpfen zwischen Mohammedanern und Hindus gekommen, da sich das Gerücht verbreitete, der zwischen den beiden Parteien vereinbarte Waffenstillstand sei gebrochen worden. Sofort brachen an einem Dutzend verschiedener Stellen zugleich neue Straßenkämpfe aus, bei denen von den Volksmassen isolierte Gruppen der Gegenpartei überfallen und in mitleidsloser Weise mißhandelt wurden. Ueber die Zahl der Toten, die sehr groß sein soll, liegen noch keine näheren Angaben vor. Die Hospitäler füllen sich rasch mit Verwundeten, die zum größten Teil Stichverletzungen aufweisen. Die Truppen, die einen Patrouillendienst mit Panzerautomobilen eingerichtet haben, haben erneut an mehreren Stellen mit der Schußwaffe eingreifen müssen. Im Verlauf des Abends trat eine gewisse Beruhigung ein, obwohl an einzelnen Stellen noch gekämpft wurde.

SLUB Wir führen Wissen.